

Deutsche Zeitung

Organ für die deutsche Minderheit im Dravabänat

Schriftleitung und Verwaltung: Prešernova ulica 5, Telephon Nr. 21 (interurban)
Ankündigungen werden in der Verwaltung zu billigsten Gebühren entgegengenommen

Bezugspreise für das Inland: Vierteljährig 40 Din, halbjährig 80 Din, ganzjährig 160 Din. Für das Ausland entsprechende Erhöhung. Einzelnummer Din 1.50

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag früh und Samstag früh mit dem Datum vom Sonntag

Nummer 85

Celje, Donnerstag, den 22. Oktober 1936

61. Jahrgang

Einweihung der neuen Stupšćina

Unter feierlichem Gepräge wurde in Beograd am Sonntag das Prachtgebäude der neuen Stupšćina durch den Patriarchen Barnava in Anwesenheit zahlreicher Minister, Abgeordneter, Senatoren, Ehrengäste und einer Volksmenge eingeweiht. Nach der kirchlichen Feier sprach Bauminister Dr. Rožul, zuerst von der Vorgeschichte des Baues, welcher schon vor 30 Jahren begonnen wurde, dann übergab er das Gebäude der Obhut des Stupšćinapräsidenten Stefan Ćirić und sprach den Wunsch aus, es möge der Hort jugoslawischer Freiheit und Demokratie sein. Nach dem Minister ergriff Ćirić das Wort, der bedauerte, daß nicht alle Volksvertreter an dieser erhebenden Feier teilnahmen und richtete an alle gewählten Abgeordneten den Appell: „Kommet alle hierher, die Ihr das Vertrauen Eures Volkes geniehet!“

Am Nachmittage fand eine gemeinsame Sitzung des Abgeordnetenklubs der JZ und des Abgeordnetenklubs der Stupšćinamehrheit statt. Nach dem Bericht über die bisherige Tätigkeit der JZ und der tgl. Regierung wurde beschlossen, den bisherigen Stupšćinapräsidenten Ćirić neuerlich für dieses Amt zum Kandidaten aufzustellen.

Stupšćina und Senat hatten im neuem Parlamentsgebäude am 19. d. M. ihre letzte Sitzung im Sitzungsabschnitt 1935/36. Nach Erledigung der Formalitäten wurden verschiedene Interpellationen verlesen. Der Senat und die Stupšćina beschlossen, alle noch unerledigten Gegenstände an die nächste Session zu übertragen. Minister Dr. Korosec verlas dann den Erlaß über Schließung dieser Session und Eröffnung der neuen am 20. Oktober.

Ćirić wieder Stupšćinapräsident

Am 20. d. M. trat die Stupšćina zu ihrer ersten Sitzung im neuen Parlamentsabschnitt zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Wahl des neuen Präsidiums. Alle Kandidaten der JZ mit Ćirić an der Spitze wurden gewählt. Die Opposition der JNS gab meistens weisse Zettel ab.

Härter war der Wahlkampf im Senat. Der Regierungskandidat Dr. Mažuranić erhielt 48, der Oppositionskandidat der JNS Dr. Tomazić 39 Stimmen. Vizepräsident wurde Milan Simonović JZ mit 46 Stimmen, gegen den JNS-Kandidaten Dr. Ploj, der 44 Stimmen erhielt.

Gemeindewahlen im Bezirk Šmarje

Die Wahlen in sieben Gemeinden des Bezirkes Šmarje fielen zugunsten der Regierungspartei aus: Slivnica: Wahlberechtigte 751, abgegebene Stimmen 411, JZ 213, Opposition 99 Stimmen. Sv. Peter na Medvedjem selu: Wahlberechtigte 277, abgegebene Stimmen 213, JZ 172, Opposition 41 Stimmen. Zibika: Wahlberechtigte 381, abgegebene Stimmen 301, JZ 154, Opposition 147 Stimmen. Juzem: Wahlberechtigte 311, abgegebene Stimmen 228, JZ 72, Kompromißliste 156 Stimmen. Prištava: Wahlberechtigte 479, abgegebene Stimmen 350, JZ 142, Opposition 208 Stimmen. Sv. Stefan: Wahlberechtigte 299, abgegebene Stimmen 192, JZ 70, Kompromißliste 122 Stimmen.

In den Zemuner Starus-Werken wurde unter der Bezeichnung JZ 02 ein neues Flugzeug gebaut, welches gelegentlich der Probeflüge eine Rekordgeschwindigkeit von 435 Stundenkilometer erzielte. Es handelt sich um einen Hochdecker mit einem Hispano-Suiza Motor mit 860 PS. Der Propeller ist dreiteilig.

Spanien

Die Nationalisten dringen unaufhörlich gegen Madrid vor. Um jedes Dorf, um jeden Vorort Madrids wird erbittert gekämpft. Bombenflugzeuge sind auf beiden Seiten ununterbrochen in Tätigkeit, wobei es immer wieder auch zu harten Luftkämpfen kommt. Täglich werden russische und französische Flieger abgeschossen, aber es kommen immer wieder neue hinzu.

Anscheinend ist die Regierung schon bereit, Madrid ganz zu verlassen. Staatspräsident Azana und mehrere Minister sind schon in Barcelona eingetroffen. Angeblich nur zu einem amtlichen Besuch. Die Madrider Regierung plant, den Völkerbund um Hilfe anzurufen.

In Katalonien wurden alle Männer im Alter von 18 bis zu 40 Jahren zu den Waffen gerufen.

Graf Ciano in Berlin und bei Hitler

Italiens Außenminister, Graf Ciano, ist Dienstag in Berlin eingetroffen und mit allen Ehren empfangen worden. Nicht nur die deutsche und italienische Presse, auch die übrige Weltpresse mißt diesem offiziellen und lange und umsichtig vorbereiteten Besuch in Berlin und bei Hitler größte Bedeutung zu. Die Pariser Presse z. B. schreibt dazu:

(C) Paris, 20. Oktober. Die Berliner und römischen Berichterstatter der Pariser Presse betonen einstimmig die Bedeutung des Berliner Besuches des italienischen Außenministers Graf Ciano. Sie erinnern an die im Laufe der letzten Monate erfolgte Annäherung zwischen Deutschland und Italien und an den Gedankenaustausch, der in letzter Zeit auf diplomatischem Wege gepflogen worden ist. Die französischen Blätter versichern, daß in Berlin die Vokalnfrage, die Beziehungen Deutschlands und Italiens zu Sowjetrußland, die Frage der Völkerbundreform, sowie die mit Spanien zusammenhängenden Probleme würden erörtert werden. In Paris ist man der Auffassung, daß auch die Frage der Anerkennung der nationalitistischen Regierung in Burgos durch Rom und Berlin zur Sprache kommen werde. Ein wichtiger Gegenstand der Gespräche werde auch das Eingreifen Rußlands in Spanien und die Bildung eines selbständigen katalonischen Staates sein. Wie „Journal“ behauptet, stellt Deutschland an Italien gewisse Forderungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten Mitteleuropas und des Balkans, die Deutschland zu verbessern wünsche. Während des Berliner Aufenthalts des italienischen Außenministers dürften auch Finanzfragen erörtert werden. Wie verlautet, soll Dr. Schacht an einer engen deutsch-italienischen Zusammenarbeit auf finanziellem Gebiete arbeiten.

Generaloberst Göring bekam wieder eine wichtige Mission

Berlin, 20. Oktober. DNB berichtet: Reichskanzler Hitler hat folgende Verordnung über die Durchführung des Vierjahrplanes erlassen:

„Die Verwirklichung des neuen Vierjahrplans, den ich auf dem Parteitag ankündigte, erfordert eine einheitliche Leitung sämtlicher Kräfte des deutschen Volkes und entschiedene Arbeit sämtlicher Faktoren in Partei und Staat. Mit der Durchführung des Vierjahrplans betraue ich Ministerpräsident General Göring. Dieser wird alles Notwendige vornehmen, um die ihm übertragene Aufgabe erfüllen zu können; er ist in dieser Hinsicht ermächtigt, Verordnungen und Vorschriften zu erlassen, alle Behörden anzuhören und ihnen Richtlinien vorzuschreiben, eingeschlossen die höchsten Reichsbehörden und sämtliche Parteieinrichtungen, deren Organisationen und alle diesen angeschlossene Verbände.“

Sicherheit durch Selbstschutz

Als in Genf vor ein paar Wochen der Schweizer Bundesrat Motta wieder einmal Vorbehalte gegen eine Völkerbundsentschließung machen mußte, konnte man in Kreisen der französischen Delegation mit einer Mischung aus Unmut und Verachtung die Worte hören, diese lästigen Schweizer mit ihrer ewigen Neutralität hätten eigentlich gar nicht in den Völkerbund aufgenommen werden dürfen. Ein mit der Genfer Atmosphäre vertrauter Eidgenosse meinte daraufhin gelassen, es sei nichts Neues, daß Frankreich zwar immer die Sicherheit der kleinen Nationen im Munde führe, aber in Zorn und Wut gerate, wenn diese Nationen es sich je einfallen ließen, ihrem eigenen Sicherheitsbegriff zu folgen. Diese Beobachtung wurde überraschend bestätigt durch das erstaunte, ja empörte Echo, das die grundlegenden Ausführungen des Königs der Belgier zur künftigen Außen- und Militärpolitik seines Landes in Paris gefunden haben. Die kollektive Sicherheit, gewöhnlich als Sicherheit aller interpretiert, ist tatsächlich in den französischen Gehirnen ein derart fixer Begriff geworden, daß man sich dort gar nicht mehr vorstellen kann, wie sehr gerade einem kleinen Land schließlich seine eigene Sicherheit zunächst am Herzen liegen muß. Und dabei ist es nun einmal keineswegs so, daß die Methode, sich militärisch zu sichern, indem man sich an die Spitze mächtiger Großmachtbündnisse stellt, jeder friedliebenden und vorurteilslosen Staatsführung die beste scheint. Allerdings scheint die Pariser Empfindlichkeit ganz erheblich von der Enttäuschung getroffen zu sein, daß Leopold III. in Brüssel sich nicht Prag zum Vorbild nimmt, sondern seine „ausschließlich und vollkommen belgische Politik“ der Sicherheit durch Selbstschutz mit dem „stolzen und entschlossenen Beispiel Hollands und der Schweiz“ begründet.

Den Krieg vom eigenen Territorium fernhalten, sich außerhalb jeder möglichen Konflikte unter Nachbarn stellen, das ist die klassische Neutralitätsformel in ihrer ganzen Selbstverständlichkeit, und sie wird nur bekräftigt durch den — übrigens in der Schweiz und in Holland nicht weniger vorhandenen — selbstbewußten Willen zur eigenen Wehrkraft im Dienst einer möglichst zweckmäßigen Landesverteidigung. Allerdings schließt eine solche Politik, wie der König der Belgier zum Bestreben seiner Freunde in Frankreich unmißverständlich betonte, darüber hinausgehende Bindungen, d. h. jede einseitige Politik und Allianz, auch die rein defensiv, als unzulänglich und gefährlich aus. Wenn Belgien am Vorabend einer Konferenz, die ein „neues Locarno“ zum Gegenstand haben soll, so deutlich die Grenzen seiner natürlichen geographisch-politischen Situation umreißt, so geschieht dies nicht zuletzt auch deshalb, weil es von den Blödigkeiten der modernen Kriegstechnik ganz abgesehen, die innere Bruchigkeit des Völkerbundes und — um wieder mit den Worten des Souveräns zu sprechen — „die inneren Zwistigkeiten gewisser Staaten in ihrer Verknüpfung mit der Gegnerschaft politischer und sozialer Systeme anderer Staaten“ bejorgt betrachtet. Daraus den Schluß zu ziehen, Belgien treibe eine verruchte Politik der vollendeten Tatsachen, des „zerrissenen Papiersegens“ und kündige seine Völkerbundsverpflichtungen auf, ist eine derart hysterische und schiefe Schlußfolgerung, daß die so urteilenden französischen Organe damit nur die ganze Abwegigkeit ihrer Vorstellungen von der kollektiven Sicherheit verraten. In Deutschland, wo die mutigen Richtigstellungen des Königs Leopold große Beachtung gefunden haben, fragt man sich gegenüber dem negativen Pariser Echo mit einem gewissen Erstaunen, ob denn etwa die Franzosen

den Westpakt als eine Tarnung für einseitige Militärverpflichtungen, bzw. den Völkerverbund bereits als einen Bündnisblock im Sinn der Sowjets auffassen. Es sollte, so meint man in Berlin, allen Staatsmännern Europas ernstlich zu denken geben, daß Belgien seine Sicherheit genau in der dem sowjetrussischen Weg entgegengesetzten Richtung erblickt. Eine gleichgerichtete Neutralitätspolitik Belgiens, Hollands und der Schweiz wird in Deutschland keineswegs als Schwächung des Friedens, sondern als ein Zeichen vernünftiger Selbstbesinnung angesehen.

General Rydz-Smigly polnischer Feldmarschall

Polnische Blätter veröffentlichen neue Mitteilungen über die Neuorganisation Polens. General Rydz Smigly wird zum Feldmarschall ernannt. Das „Führer-Prinzip“ ist als Grundlage der politischen Neuordnung in Polen in Aussicht genommen. Das erste öffentliche Auftreten der neuen Regierungsorganisation findet am 11. November statt. Das „Führer-Prinzip“ wird als der einzig richtige Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten Polens bezeichnet; es wird sich auf die Autorität Rydz-Smiglys und auf die Leitung des Volkes von oben nach unten stützen. Dies müsse aber nach Ansicht der Initiatoren keine Nachahmung der faschistischen oder nationalsozialistischen Methoden sein, könnte jedoch aus diesen Regierungsformen diese oder jene Methode entlehnen. Der Gedanke einer Volksfront wird kategorisch abgelehnt.

SA- und SS-Formationen in Polen

Das Organisationschema des neuen Regierungslagers sieht die Schaffung eines sogenannten Sicherungsdienstes der Bewegung vor, deren Formationen den nationalsozialistischen SS- und SA-Organisationen entsprechen würden.

Frankreich befestigt auch die französisch-belgische Grenze

Die belgische Neutralitätserklärung hatte zur Folge, daß Ministerpräsident Blum, Außenminister Delbos, Kriegsminister Daladier und der Generalkommissar Gamelin sich berieten und beschloffen hatten, das mächtige Befestigungswerk an der französischen Nordostgrenze, die sogenannte Maginotlinie längs der belgischen Grenze fortzuführen. Man sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß Frankreich im Falle eines Angriffes nicht mehr auf die belgische Unterstützung rechnen könne. Man sei sich auch darüber klar, daß die französisch-belgischen Generalstabsbesprechungen nicht in der bisherigen Weise fortgesetzt werden können. Diese Sachlage habe zum Beschluß geführt, einen mächtigen Befestigungsgürtel von der luxemburgischen Grenze bis nach Dürenkirchen zu bauen, obwohl dieses Unternehmen ungeheure Gelder verschlingen werde.

Die litauische Regierung hat abermals mehrere deutsche Memelländer zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Regierung plant die Errichtung von Zwangsarbeitslagern, in die alle Verurteilten kommen sollen, deren Haftstrafe auf mehr als zehn Tage bemessen wurde.

Herbstlicher Vogelzug

In Rossitten auf der Kurischen Nehrung und auf Helgoland haben deutsche Forscher sogenannte Vogelwarten eingerichtet, die in mühseliger, schon Jahrzehnte währender Arbeit versuchen, die festsamen Gesetze des Vogelzuges zu klären. Unsere Vorfahren zogen mancherlei Schlüsse aus dem unterschiedlichen Auftreten der Zugvögel. Es scheint festzustehen, daß es nicht Frühling werden kann, bevor die Stare da sind, und daß es einen langen harten Winter gibt, wenn das gefiederte Volk früh wegfleht. In manchen Gegenden Deutschlands haben sich freilich in den letzten Jahrzehnten die Lebensgewohnheiten vieler Vogelarten vollkommen gewandelt, besonders in der Nähe der Großstädte sind infolge der günstigeren Lebensbedingungen vielfach aus Zugvögeln Standvögel geworden, d. h. sie überwintern hier. Anders im nördlichen Europa. Zu Millionen brechen dort im Herbst die Vögel auf und ziehen, auf zwei verschiedenen Wegen, nach Süden. Der westliche Weg führt von Skandinavien über Westeuropa — Gibraltar nach Afrika, dort verliert sich — einwillen — ihre Spur. Auf dem Flug über die Nordsee ist Helgoland von altersher Rastplatz für unzählige Vogelscharen, gerade so wie Rossitten für die aus dem östlichen Nordeuropa über den Balkan und Palästina nach Afrika fliegenden.

Dr. Schuschnigg hielt große Reden

Oft, sehr oft und laut müssen Oesterreichs Minister von der Einigkeit des deutschösterreichischen Volkes reden. Anlässe dazu gibt es ja viele: Einmal ist es eine Dollfuß-Kapellenweihe, das andere Mal eine Bräudenweihe, einmal war es der Phönixskandal, dann wieder eine Ehrenbürger-Ernenennung Ottos von Habsburg, ein anderes Mal anläßlich eines harmlosen Zwistes zwischen Starhemberg und Schuschnigg oder zwischen Schuschnigg und Fey oder Fey und Starhemberg — immer wieder aber wird das Volk durch Oesterreichs Presse belehrt, daß es einig sei, wie es in der großen Vergangenheit war und in Zukunft sein soll.

Und wieder einmal ergriff Oesterreichs Bundeskanzler Dr. Schuschnigg selbst das Wort, um abermals ein neues Programm von Einheit und Einigkeit und historische Rückblicke zu geben. So sprach er am Sonntag beim Amtswahlerappel:

In der Vaterländischen Front könne es nur ein politisches Glaubensbekenntnis geben: Ehre und Stärke, Freiheit und Wohlstand Oesterreichs.

Es könne kein schwarzes, kein grünes, kein blaues, und schon gar kein rotes oder braunes Oesterreich, sondern nur ein rot-weiß-rotes Oesterreich geben. Nicht die frühere Parteizugehörigkeit der Mitglieder der Vaterländischen Front sei entscheidend, sondern ihre heutige Einstellung in Oesterreich.

Das Abkommen vom 11. Juli dürfe nicht vom innerpolitischen Standpunkt gewertet werden; sowohl die Bundesregierung, als auch die Reichsregierung seien jedoch überzeugt, daß dieses Abkommen einen Beitrag zur Sicherung des Friedens darstelle.

Die Propaganda der monarchistischen Bewegung sei zulässig, solange sie sich streng auf dem Boden der Vaterländischen Front bewege.

Die Wahl der Staatsform sei ausschließlich eine innerösterreichische Angelegenheit. Die Entscheidung hätte hier keine ausländische und keine internationale Stelle, aber auch nicht die österreichische Führung, weder die Front noch Regierung, sondern das österreichische Volk. So klar es sei, daß ein Volkentscheid nicht in Blickweite stehe, so selbstverständlich sei es auch, daß die Zeit der Beschränkungsmaßnahmen der österreichischen Souveränität ein für allemal vorüber sei.

Im weiteren Verlauf seiner Rede teilte Bundeskanzler Dr. Schuschnigg mit, daß Vizkanzler Baar-Baarenfels auf seinen eigenen Wunsch von der Führung der Frontenmiliz enthoben sei; der Landeshauptmann von Kärnten, Feldmarschalleutnant Hülgerth sei zum Generalkommandanten der Miliz ernannt worden.

Die Kreuzfahne der Vaterländischen Front werde im Inland der Staatsflagge gleichgestellt; daß Dollfuß-Lied erhalte den Charakter eines Nationalliedes.

Anläßlich des Appells der Vaterländischen Front in Wien sagte Dr. Schuschnigg am Sonntag u. a.: „Die Mitarbeit in der Vaterländischen Front werde Anhänger aller Weltanschauungen ermöglicht, nur nicht Kommunisten und Nationalsozialisten“.

In Oesterreich nimmt die kommunistische Propaganda stark zu.

Woher wissen nun die Vögel, daß Kälte, Eis, Schnee und Dunkelheit bevorstehen? Sind sie etwa imstande, mit einem uns unbekanntem Sinn allerfeinste atmosphärische Veränderungen wahrzunehmen und daraus weiterhin sogar Folgerungen über das bevorstehende Wetter zu ziehen? Denn wenn im nördlichen Europa der Sommer noch aus allen Gärten blüht und duftet, die Tage erst mählich kürzer werden und die Getreideernte kaum begonnen hat, dann beginnen in der Vogelwelt schon die Vorbereitungen für die Reise in den warmen Süden. Noch gilbt kein Blatt, noch ist nicht der geringste Anlaß zu Befürchtungen wegen etwa eintretenden Nahrungsmangels gegeben, die Luft geht warm und mild.

Aber die Nester werden verlassen, die Vögel sammeln sich, Stamm für Stamm, nach eigenen, alten Gesetzen und ordnen sich für die Reise. Den Anfang machen die Störche, jene humorig-gravitätischen Stelzvögel, deren Lebensführung so korrekt zwischen Seßhaftigkeit und Wanderung aufgeteilt ist: je drei Monate ungefähr brauchen sie für die Frühlings- und Herbstfahrt, dazwischen liegen dann entweder ein Vierteljahr Afrika oder ein paar Monate Nordeuropa, und zwar, wie bekannt, stets im selben kleinen, auf wenige Kilometer Durchmesser beschränkten Bezirk, am liebsten aber sogar stets auf demselben Dachstuhl, im alten Nest. — Im Spätsommer versammeln sie sich ein paar Tage lang

Deutschlands Vorschläge für ein neues Locarno

London, 19. Oktober. Dem „Daily Telegraph“ zufolge hat die Berliner Regierung in ihrer Antwort auf die englische Note den Vorschlag gemacht, daß zwischen Deutschland, Frankreich, England und Italien ein Friedenspakt mit der Laufzeit von insgesamt 24 Jahren abgeschlossen werde. Die Sowjetunion kommt als Vertragspartner überhaupt nicht in Frage, ebenso nicht Polen wegen seiner geographischen Lage. Deutschland ist ferner bereit, Belgien und Holland die Neutralität zu garantieren. Die bilateralen (zweiseitigen) Nichtangriffspakte (mit Polen) bleiben weiterhin in Kraft. Dafür aber müßte Frankreich seine militärischen Bündnisse mit Polen und der Kleinen Entente, insbesondere mit Prag, aufgeben.

Albaniens Außenpolitik

In der albanischen Kammer verlas am 15. d. M. dessen Außenminister eine Botschaft des Königs in der es u. a. heißt: Albanien wünscht mit allen Staaten gute Beziehungen zu unterhalten. Die stets auf guten Glauben und Verständnis der gegenseitigen Interessen begründeten Beziehungen zu Italien haben in letzter Zeit durch die Unterzeichnung neuer wirtschaftlicher und finanzieller Abkommen zu einer noch ausgedehnteren und fruchtbareren Zusammenarbeit geführt.

Unruhen in Indien

Vor einer Woche entbrannten zwischen den Anhängern der beiden Hauptreligionen Indiens, zwischen Hindus und Moslims heftige Kämpfe. Gegenseitig zerstörten sie sich ihre Moscheen und Tempel, wobei es immer wieder zu großen Demonstrationen, blutigen Schlägereien und Plünderungen kommt, zeitweise so arg, daß die Polizei, durch Militär verstärkt, die Massen nur durch Gewehrfeuer zerstreuen kann. Die heftigsten Zusammenstöße ereignen sich in Bombay. Bisher gibt es schon weit über 50 Tote und 500 Verwundete.

Polen regelt seine Judenfrage

Ende der vorigen Woche tauchten in den polnischen Blättern Nachrichten auf, denen zufolge die polnische Regierung die Absicht hätte, die Organisation der jüdischen Gemeinden in Polen umzugestalten und ihnen eine Autonomie auf breiter Grundlage zu gewähren. Das Hauptblatt des Judentums in Polen, „Nowy Dziennik“, das in Krakau erscheint, schreibt dazu: Die polnische Regierung gedenke tatsächlich, den jüdischen Gemeinden eine politische und soziale Selbstverwaltung zu geben. In Warschau soll ein Generalkrat aller jüdischen Gemeinden gebildet werden, dem die Gemeindevorstände in den verschiedenen Gebieten Polens unterstehen würden.

Phönix-Bilanz

Nach einer Ausstellung der Wiener Zentrale für den 8. April 1936, den Liquidationstag, ergibt sich eine Ueberschuldung von 477 88 Millionen Schilling. Für Jugoslawien ergeben sich 22 96 Millionen Schilling Verbindlichkeiten, 11 98 Millionen Schilling Deckung und 10 98 Millionen Schilling Defizit.

auf Wiesen und Koppeln, es finden Besichtigungen, Flugübungen und Ausmusterungen statt, als deren Ergebnis man zuweilen einen Leichnam findet: ein von der Sippschaft wegen Untauglichkeit zur großen Fahrt totgehabtes Tier. — Eines Tages sind die Störche verschwunden. Der Bauer sieht abends, daß das Nest leer bleibt und weiß: es wird Herbst.

So beginnt die große Wanderung. Ruckade, Nachtigallen, Kolliechen, Lerchen, Schwälben, Stare, Kraniche, Schwäne u. a. — zu Millionen brechen sie aus den Bäumen, Hecken und Büschen ihrer nördlichen Sommerheimat auf, wo sie, zu einzelnen Paaren, abseits von anderen Angehörigen ihrer Sippe, Nester gebaut, gebrütet und ihre Jungen aufgezogen haben. Nun streben sie, auf immer gleichem Weg, dem Süden zu, der Wärme, dem Licht, das im Norden nun bald zu schwinden beginnt. Jede Vogelart hat ihre eigenen, unveränderlich gleichen Reisetraditionen: die einen ziehen bei Tag, die anderen bei Nacht, diese allein, jene in Scharen, manche stumm, andere unter Zurufen, diese dicht über dem Erdboden, andere in Wolkenhöhe.

Auf die gleiche Art, auf dem gleichem Weg erfolgt die Rückkehr, die fast noch unerklärlicher ist. Denn: was treibt die Vögel, zu einer Zeit, wo im Norden noch tiefster Winter herrscht, aus dem afrikanischen Sommer aufzubrechen? Welches Signal haben sie vernommen? Was zieht sie, was treibt

Leon Blum und die französische Rechtspresse

Paris, 19. Oktober. In Paris und in der Provinz veröffentlichen 300 große Zeitungen und Zeitschriften einen Aufruf an die französische Nation, in dem die Bilanz der vier Monate Volksfront-herrschaft auf allen Gebieten gezogen wird: sowohl in der Innen-, wie in der Außenpolitik, auf wirtschaftlichem und auf sozialem Gebiet. Der Aufruf knüpft an eine parteiamtliche Broschüre der Kommunisten an, in der gesagt wird, daß das Volksfrontkabinett der Kommunistischen Partei alle Möglichkeiten für ihre Agitation und Organisation gebe. Im Aufruf der 300 Blätter wird erklärt, daß die Volksfrontregierung in Wahrheit gar keine parlamentarische Regierung sei, die dem ganzen Lande verantwortlich wäre. Die eigentliche Macht befände sich in den Händen einer Regierung der Massen, die anonym waltete. Unterirdische Gewalten bereiteten die Sowjetisierung des Landes vor. Die offizielle Volksfrontregierung führe nicht, sondern sei eine Geißel, ein Gefangener ihrer eigenen Gefolgschaft. „Sie wird dauernd von den Ereignissen überrascht.“ Die Preise für Lebensmittel und für den Haushaltsbedarf seien um 15% gestiegen. Durch die neuen großen Ausgaben sei nicht nur der Haushalt Frankreichs als solcher, sondern seien auch die Haushalte der Gemeinden auf das schwerste erschüttert. Während die französische Regierung im Namen des unteilbaren Friedens und der kollektiven Sicherheit den entferntesten Ländern Hilfe verspreche, schreie die französisch-sowjetrussische Freundschaftspolitik die alten und bewährten Freunde Frankreichs ab. „Das Experiment Blum muß ein jämmerliches oder tragisches Ende nehmen. Darauf warten die Kommunisten, um den Generalstreik auszurufen und ihre Diktatur mit ihren unvermeidlichen Folgen von Schrecken und Schandtatzen aufzurichten, wie in Sowjetrußland und heute in Spanien.“ Schließlich werden alle vaterländisch gesinnten Franzosen aufgerufen, „sich in dieser Stunde höchster Gefahr für die französische Kultur zum erbarmungslosen Kampf gegen den niederträchtigsten und gefährlichsten Feind der Zivilisation, den Kommunismus, zu verpflichten und ihre Parteien und Organisationen aufzufordern, sich unverzüglich zu diesem Kampfe zu vereinigen.“

Bei den sozialistischen Festlichkeiten im Lunapark sprach Ministerpräsident Leon Blum, der von der versammelten Menge begeistert begrüßt wurde. Blum erklärte einleitend, er sei von der Festigkeit der Volksfront überzeugt. Er kündigte u. a. an, daß die Regierung der Kammer den Entwurf eines Pressegesetzes vorlegen werde. „Das ist sehr notwendig“, erklärte Blum. „Vielleicht werden wir auch sehr strenge Strafen für gewerbsmäßige Verleumdung festsetzen müssen. Wenn diese Leute wissen, daß sie jede neue Verleumdung einige hunderttausend Francs kosten kann, dann werden sie vielleicht mehr Rücksicht üben. Wir werden auch die Zeitungen zwingen, anzugeben, woher sie ihre Mittel erhalten, und ihre Bilanzen zu veröffentlichen. Außerdem werden wir eine Kontrolle der Nachrichten einführen. Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Mittel gegen die gegnerische Presse anwenden.“

sie so unwiderstehlich fort? Spüren sie etwa bis in die fernen Tropen hinein den Ruf des nordischen Frühlings, angezogen von der magischen Kraft des vom Tod wiedererwachenden Lebens? Freilich, von den Millionen, die im Herbst nach Süden zogen, tritt nur ein Teil die Rückreise an. Unzählige Vögel werden in Südeuropa auf der Durchfahrt weggefangen und verspeist oder fallen anderen Gefahren zum Opfer.

In mühseliger Kleinarbeit versuchen die Vogelwarter, die vielfachen Gesetze des Vogelzuges zu finden und die psychologischen Rätsel um die Aufbruchstermine, um das Sichzurechtfinden der Vögel zu erklären. Rossitten, 1901 von Thienemann gegründet, 1923 von der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft übernommen, hat seitdem annähernd 1/4 Millionen Beringungen vorgenommen, um die Vögel auf ihrem weiteren Lebensweg verfolgen zu können. Aus aller Welt kommen nach Rossitten Meldungen über aufgefundene beringte Vögel und werden wissenschaftlich verarbeitet. Dieser Nachrichtendienst wurde selbst während des Krieges aufrecht erhalten; alle kriegsführenden Länder, mit Ausnahme Frankreichs, korrespondierten über neutrale Staaten mit Rossitten. So werden allmählich die Grundsteine zum großen, noch auf Jahrzehnte hinaus berechneten Forschungswerk gelegt, in zäher Kleinarbeit die Lösung eines großen Rätsels versucht, das bis tief in die Urgründe der Biologie, der Erkenntnis letzter Lebensvorgänge reicht.

So erwidert Ungarn Deutschlands Freundschaft

Weitere Unterdrückungsmassnahmen gegen die deutsche Volksgruppe in Ungarn — „Deutscher Volksbote“ beschlagnahmt — Die Namensmadjarisierung geht weiter

Der „Deutsche Volksbote“, die einzige Zeitung der deutschen Volksbewegung in Ungarn, die nur zehnmal im Jahre erscheinen darf, ist beschlagnahmt. Warum?

Er berichtete von der Tatsache der Urteilsvollstreckung an Dr. Basch, der wegen seiner aufrechten Haltung in der Frage der Namensmadjarisierung zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt wurde und seit 10. September 1936 in Fünfkirchen seine Strafe abbüßt. Die Schriftleitung fügt hinzu:

„Das Bewußtsein einer unzertrennlichen Gemeinschaft gibt Dr. Basch die Kraft, auch das Schwerste zu ertragen. Dr. Basch sagte nach seiner Verurteilung: „Ich stehe nach wie vor in meines Volkes Mitte!“ Unser deutsches Volk antwortet: „Treue um Treue!“

Die Tatsache will die ungarische Regierung damit zunichte machen, daß der Staatsanwalt in Fünfkirchen sie als eine „Anpreisung einer strafbaren Handlung“ bezeichnet und gegen die Zeitung einen Strafantrag ankündigt.

Weitere Namensmadjarisierungen

In einem Dorf im Balony wurden vor kurzem 139 Namensmadjarisierungen vorgenommen.

Warum? Man glaubt noch immer, daß madjarisierte Schwaben staatsstreuer seien als ihres eigenständigen Volkstums bewußte Staatsbürger.

Willkürliche Umgehung der Minderheitengesetze

Die einschlägigen Minderheitengesetze gewähren den Gebrauch der Minderheitensprache vor Gericht in Wort und Schrift. Auf einer Gerichtsversammlung in Dedenburg baten die Zeugen aus Agendorf, ihre Auslagen in deutscher Sprache zu machen. Dafür wurden sie gröblich zurechtgewiesen und ihnen Widersehllichkeit gegen den Staat, in dem sie leben, zur Last gelegt, wenn sie seine Sprache nicht anwenden.

Wozu gibt es Minderheitengesetze, die ein Teil der ungarischen Verfassung sind?

Daß reichsdeutsche Studentinnen, die sich in deutschen Dörfern aus Studiengründen aufhalten, ausgewiesen werden, haben wir berichtet. Noch erkaunlicher aber ist es, daß selbst die Durchfahrt reichsdeutscher Kraftwagen durch deutsche Siedlungsgebiete in Ungarn Anstoß erregt, wenn man die Empfindlichkeit auch noch so betont mit der Vorsorge für gute Straßen bemängeln möchte.

Nicht genug, daß die ungarischen Behörden die gegebenen Gesetze nicht achten, sofern sie die deutsche Volksgruppe betreffen, jetzt tut die Kirche desgleichen. Sehr erstaunlich ist der Delanatsbeschluss des Stuhlweißenburger Bistums, der die Durchführung der eben erlassenen Schulverordnung illusorisch machen will.

So häufen sich gerade in letzter Zeit die Maßnahmen gegen die deutsche Volksgruppe in Ungarn, die ganz bestimmt nicht dazu beitragen, den Frieden im Donauraum unter den vielen dort lebenden Volkspolitern zu sichern bzw. zu fördern.

Schweres Erdbeben in Norditalien

Mehrere norditalienische Provinzen wurden am 18. d. M. morgens um 4.10 Uhr von einem heftigen Erdbeben heimgesucht. Rund tausend Häuser wurden zerstört. Von stürzenden Trümmern wurden dreißig Personen erschlagen, während mehrere hundert Personen Verletzungen erlitten. Der Schaden wird auf viele Millionen Lire geschätzt. Im Gefolge des Erdbebens traten große Ueberschwemmungen auf.

Das Erdbeben wurde von Mailand bis Kroatien wahrgenommen.

Orkan an der Nord- und Ostsee

Seit vier Tagen wüten über dem Ozean, über der Nordsee, über Norddeutschland bis über die Ostsee allerschwerste Stürme, welche ungeheuren Schaden verursachen. Alle Schiffe auf hoher See sind in höchster Gefahr. Aber auch die Schiffe in den Häfen sind arg bedroht, sie werden von den Sturzwellen hin- und hergerüttelt und manche wurden bisher schon von ihren Antern losgerissen. Der Sturm hat eine Geschwindigkeit bis zu 150 km in der Stunde. Bei Hamburg hat die Elbe durch das andrängende Meerwasser eine Höhe von vier Metern über den Normalstand erreicht. Das Hafenviertel wurde überflutet. Auf der Insel Rügen wurde vom Sturm ein Zug aus dem Geleise geworfen. Die Stürme hielten auch Dienstag noch an.

Deutschlands Beziehungen zu Ungarn und Oesterreich

Der ungarische Außenminister von Ranya hat in herzlichen Worten seinen deutschen und italienischen Kollegen anlässlich der Regierungsumbildung die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik Ungarns bestätigt. In dem Telegramm an Freiherrn von Neurath wird von dem vertrauensvollen und nützlichen Zusammenwirken beider Nationen gesprochen. Es bedarf keines Wortes, daß das neue ungarische Kabinett auch in Berlin die gleiche herzliche Aufnahme gefunden hat, deren das Kabinett Gömbös stets in Deutschland sicher gewesen ist. Man ist in Berlin der Ueberzeugung, daß die bewährte Linie der Zusammenarbeit mit ihren Ausstrahlungen auch auf die beiden anderen Staaten der römischen Protokolle zur Festigung des mitteleuropäischen Friedens beitragen wird.

In diesem Zusammenhang verdient besondere Beachtung die Nachricht von einem bevorstehenden Besuch des österreichischen Staatssekretärs im Bundeskanzleramt Guido Schmidt in Berlin. Dieser Besuch dürfte voraussichtlich noch vor der Sitzung der Außenminister der drei römischen Protokollstaaten in Wien stattfinden. Die Entschlossenheit, mit der Bundeskanzler von Schuschnigg die Heimweh-differenzen gelöst und seine Position konsequent verstärkt hat, ist in Berlin ebenso positiv zur Kenntnis genommen worden wie sein erneutes Bekenntnis zum Ausgleich zwischen Wien und Berlin. Der vorgesehene Besuch des Staatssekretärs Schmidt in der Reichshauptstadt ist seit Jahren der erste, den ein Vertreter der österreichischen Regierung in Deutschland abstattet. Die am 11. Juli eingeleitete Politik der Annäherung zwischen den beiden Ländern wird darin eine neue Bestätigung finden, zumal wenn man sich daran erinnert, daß Oesterreich in dem Abkommen mit dem Reich ausdrücklich seine Außenpolitik als die eines deutschen Staates definiert hat.

Mitteleuropäische Wirtschaftsprobleme

Prag, 19. Oktober. Samstag fand die Konstituierung der Zentralwirtschaftsstelle statt, deren Zweck es ist, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten der Kleinen Entente und darüber hinaus zwischen den mitteleuropäischen Ländern überhaupt zu fördern. Nach der Konstituierung begrüßte der Vorsitzende, der stellvertretende Generaldirektor der Zivnobank Ing. Dvoracek, den Ministerpräsidenten Hodza, auf dessen Anregung die neue Schöpfung zurückgeht.

Dvoracek verwies auf das Wort des Ministerpräsidenten von der schicksalhaften Verbindung der wirtschaftlichen Interessen der Donaufstaaten. Ohne Stärkung des gegenseitigen Güterausstausches und ohne Besserung der Wirtschaftsbeziehungen sei an eine dauernde Hebung des Lebensstandards im Donaubecken nicht zu denken. Niemand könne die tiefen Veränderungen übersehen, die sich auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugung in den Donaufstaaten vollzogen hätten. Man müsse von diesem geänderten Zustand ausgehen und auf den Voraussetzungen aufbauen, welche die Entwicklung der letzten Jahre geschaffen hätten.

Dem Generaldirektor Ing. Dvoracek erwiderte Dr. Hodza der u. a. besonders die soziale Seite der Wirtschaftsbelebung unterstrich und sagte: Nirgends in Westeuropa sei das Lebensniveau durch den Einfluß der Krise so tief gesunken, wie in einigen Ländern Mitteleuropas. Hier gelte es, einer Entwicklung vorzubeugen, gegen die man sich und ganz Europa schützen müsse. „Wir werden die besonderen gemeinsamen Interessen der mitteleuropäischen Staaten verteidigen und auch an dem neuen handelspolitischen System schon jetzt und dann im Rahmen des weiteren europäischen Wirtschaftsabkommens mitwirken, zu dem es in nicht ferner Zeit kommen muß.“

Die jüdische Basler „National-Zeitung“ schrieb kürzlich, daß man jeden Anschein vermeiden müsse, als fühle sich auch die Schweiz vom Bolschewismus bedroht, als wäre man der Ansicht, die Volksrechte befänden sich im Begriffe bolschewistischer Entartung. Und der Journalist J. B. Ruch meint: „Wer weiterhin in der Schweiz von einer kommunistischen Gefahr spricht und schreibt und dergleichen tut, als durchziehen die Wühlgänge Mostaus alle Grundlagen unseres Staates, der verleumdet sein Vaterland. Des gleichen Vergehens macht sich schuldig, wer von einer Verjudung der schweizerischen Presse schwätzt!“

Kurze Nachrichten

Deutschland und Polen regeln die Danzigerfrage im friedlichen Einvernehmen ohne Völkerbund. So sind neuerdings wieder polnische Minister und Abgeordnete als Gäste nach Danzig gekommen, um den Hafen zu besichtigen und mit den Danziger Wirtschaftsvertretern zu verhandeln.

Die englische Faschistenbewegung unter der Führung Mosley's nimmt rasch und stark zu. Mosley erklärte, daß die englischen Faschisten Antisemiten seien, weil die Juden in England einen Staat im Staate organisiert haben und die jüdischen Interessen den Staatsinteressen voranstellen.

Ende Oktober wird König Carol mit seinem Sohn einen offiziellen Staatsbesuch in der CSR machen und dort 5 Tage verweilen.

Aus Stadt und Land Celje

Gemeinderatsbeschlüsse

Die Gemeinderäte der Stadt Celje traten unter dem Vorsitz des Herrn Alois Mihelčič am vergangenen Donnerstag zu einer Sitzung zusammen, um aktuelle Gemeindeangelegenheiten zu erledigen. Stadtpräsident Herr Alois Mihelčič berichtete über den Kassenstand, wonach dieser am 1. Oktober d. J. 142.787 Dinar betrug, nachdem alle verpflichtenden Zahlungen in der Höhe von 1.142.786 Dinar erledigt wurden. Einnahmen gab es 9.484.773 Din und Ausgaben 9.342.684 Din.

Zwecks Linderung der Arbeitslosennot wurde beschlossen, die Straße in Rošnica durch Arbeitslose ausbessern zu lassen. In Nova vas werden 3 neue elektrische Straßenlampen aufgestellt, 4 weitere aber in anderen Teilen der ehemaligen Umgebungsgemeinde.

Für folgende Vereine wurden Unterstützungsbeiträge bewilligt: Unterstützungsverein für slowenische Kärntner Studenten 50 Dinar; Touristenklub „Stala“ zur Errichtung einer Schutzhütte auf der Raduha 200 Dinar; Musikverein der Post- und Telegraphenangestellten 200 Dinar; Klub der slowenischen Radfahrer 200 Dinar; Freiwillige Feuerwehr in Gaberje, Babno und Lopata 7250 Dinar. Ebenso wurden fürs Museumsgebäude 1396 Dinar bestimmt.

Weiters beschloß die Stadtgemeinde die Bauparzelle neben dem öffentlichen Lagerhaus an Frau Olga Horvat um den Preis von 158 Din für je ein Quadratmeter zu verkaufen. Die durch die Susnica-Regulierung gewonnenen Bodenflächen werden an Herrn Kulopec um 20 und 30 Din und an Herrn Kirbiš um 30 Din für je ein Quadratmeter verkauft. Auch die Mariborerstraße soll ausgebaut werden; insofern als beschlossen wurde, dort einen drei Meter breiten betonierten Gehsteig zu errichten. (Möge es nur noch vor Wintersbeginn geschehen! Anm. d. Red.) Die Hausbesitzer werden zu den Herstellungskosten beitragen müssen. Die Fahrbahn aber will man aus Geldmangel im jetzigen Zustand noch weiter bleiben lassen. Der Strompreis für Kellametzwecke soll erniedrigt werden.

Ueber die unmöglichen Straßenverhältnisse in Celje hört man täglich neue Klagen. Am dringendsten ist wohl die Abgüsse in der Mariborska cesta nach Gaberje. Immer wieder laufen in unserer Schriftleitung Klagen ein und Bitten, um öffentliche Bekanntgabe der schlechten Straßenzustände, damit die berufenen Instanzen

diesem Uebel möglichst bald abhelfen möchten. Jetzt, an den letzten schönen Herbsttagen, könnte es noch leicht geschehen!

Das Erdbeben, welches in Norditalien so großes Unheil angerichtet hat, wurde zu gleicher Zeit, wie in Norditalien, Südostdeutschland, Südösterreich und in vielen Gegenden des Draubanates auch in Celje durch ein mehrere Sekunden langes starkes Beben deutlich vernommen. Sachschaden hat es glücklicherweise keinen gemacht.

Zwischenstaatliche Schachwettspiele in Celje zwischen dem Schachklub Celje und dem Schachklub Klagenfurt finden am Samstagabend im Hotel „Europa“ statt. Die Spiele beginnen um 8 Uhr. Gäste sind willkommen.

Die Neuwahlen in den Gewerbeverband Celje fanden Sonntag im Hotel „Post“ statt. Es wurden gewählt: Herr M. Hohnjec zum Vorsitzenden und Herr R. Perc zu dessen Stellvertreter sowie folgende Ausschussmitglieder: J. Bozlič, A. Novak, St. Holobar, A. Karba, M. Drehoec und J. Simenc.

Der Gemeinderat in St. Peter wurde aufgelöst. Bis zur Neuwahl wurde Herr Sedminek Stefan zur Führung der laufenden Gemeindeangelegenheiten ernannt.

Ernennung. Der seinerzeit abgebaute Gymnasiallehrer Herr Dr. Rajetan G a n t e r, bisher Vertreter des „Slovenec“ wurde aktiviert und zum Professor am hiesigen Realgymnasium ernannt.

Eine schöne weiße Kuh wurde in der Nacht vom 20. auf den 21. d. M. in der Villa Stiger auf der Krelcova cesta gestohlen.

Kino Union. Donnerstag die Filmkomödie „Der Doppelbräutigam“. Freitag, Samstag „Mein Herz ruft nach Dir“ mit Jan Kiepurca, Martha Eggerth, Paul Kemp, Paul Hörbiger, Theo Ringen u. a.

Kino Metropol. Am Donnerstag „Buldog Drumond schlägt zurück“, spannendes Drama im Londoner Nebel. Freitag und Samstag „Die lustige Witwe“ mit Maurice Chevalier und Jeanette Mac Donald.

Maribor

Winterhilfe in Maribor. Stadtpräsident Dr. Juvan erließ einen Aufruf, für die Winterhilfsaktion zu spenden. Das Elend sei noch immer sehr groß, weshalb die Stadtgemeinde für Hunderte von Arbeitslosen und deren Familien sorgen müsse. Da aber die zur Verfügung stehenden Mittel sehr beschränkt seien, müsse an die Wildtätigkeit der Bürger appelliert werden. Sollte die eingeleitete Aktion keinen genügenden Erfolg haben, werde eine besondere Sozialsteuer eingeführt werden, da die Stadtgemeinde nach dem Gesetz verpflichtet ist, für die Mittellosen zu sorgen. Barpenden mögen der städtischen Buchhaltung, Warenpenden dem sozialpolitischen Amt übermietet werden.

Eine Forderung der Wirtschaftskreise. Dieser Tage wurde von der Bahnerwaltung die 24stündige wagenstandsgelöste Frist für die Entladung von Waggons auf sechs Stunden herabgesetzt. Es hat sich gezeigt, daß diese Zeit viel zu kurz ist. In sechs Stunden können die Waggons nicht entladen werden, besonders dann nicht, wenn es sich um Holz- und Kohlensendungen handelt. Die Wirtschaftskreise fordern deshalb die Wiedereinführung der früheren 24stündigen Frist.

Die Haus- und Grundbesitzer werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie für die Instandhaltung der Gehsteige zu sorgen und diese, sofern es notwendig ist, auszubessern haben. Geschieht dies nicht, so wird das Bauamt auf Kosten der Besitzer die Gehsteige herrichten lassen.

Ljubljana

Ausländische Fremdenverkehrsfachleute in Slowenien. Eine Gruppe von 20 leitenden Männern der Fremdenverkehrsindustrie des Auslandes, fast ausschließlich Besitzer und Direktoren großer Reisebüros, traf mit Autobus in Bled ein und setzte nach Besichtigung dieser Sommerfrische die Fahrt nach Ljubljana fort, wo sie Montag eintraf. In Begleitung der Ljubljanaer Vertreter des jugoslawischen Fremdenverkehrswezens besichtigten die hervorragenden Gäste verschiedene Sehenswürdigkeiten und setzten dann die Fahrt nach Zagreb, Dalmatien und Bosnien fort. In der Gruppe sind Oesterreich, Deutschland, Belgien, die Schweiz, England, Holland, Dänemark und Norwegen vertreten.

Neue Amtsstunden am Stadtmagistrat. Da die Beamenschaft des Magistrats infolge der Inorporierung der Umgebung mit der Stadt Ljubljana mit Arbeit überhäuft ist, wurden wieder die geteilten Amtsstunden eingeführt und zwar von 8 bis 12.30 und von 15 bis 18 Uhr. Der Parteienverkehr ist nur von 10 bis 12 Uhr zugelassen.

Reise und Verkehr

Autobusausflug nach Graz vom 27.—28. Oktober 1936

„Putnik“. Celje veranstaltet mit dem städtischen Autobus ein Fahrt nach Graz am 27.—28. Oktober 1936.

Abfahrt von Celje am Dienstag, 27. d. M. um 5 Uhr früh vom Bahnhof — Ankunft in Graz um ca. 10 Uhr vormittag. (Hotel Steirerhof, Jaskominiplatz 12) Rückfahrt von Graz am 28. d. M. um 18 Uhr — Ankunft in Celje um ca. 22 Uhr. Der Fahrpreis und Bismum beträgt nur Din 110.— pro Person.

Anmeldungen spätestens bis Freitag 23. d. M. bei „Putnik“ Celje, Aleksandrov trg 2, Tel. 119.

Wirtschaft

Zagreber Herbstmesse

Sonntag wurde die Zagreber Messe auf dem neuen Messengelände in der Savestraße eröffnet. Das neue Messengelände an der Savestraße in Zagreb ist in jeder Hinsicht respektabel, sowohl im Hinblick auf das Flächenmaß wie auch auf die aufgeführten Messehallen und Pavillons. Von den staatlichen Pavillons ist der Deutschland-Pavillon nicht nur der interessanteste sondern die darin untergebrachte achtungsgebietende Schau deutschen industriellen Fleißes ist auch zu rechter Zeit fertig geworden, während die anderen Pavillons noch immer mit Ausstellungsgegenständen der Nachzüglerfirmen beliefert werden. Die Fahrtermäßigungen betragen wie üblich 50%.

Gewandter

Verkäufer

deutsch und slowenisch sprechend, wird mit 1. November d. J. in einem Kolonial- und Spezereiwarengeschäft aufgenommen. Offerte sind zu richten an die Verwaltung des Blattes. 304

Leeres oder möbliertes 303

Zimmer

in der Stadt wird ab 1. November vermietet. Adresse in der Verwaltung des Blattes.

Es ist wirtschaftlich, zu inserieren

1900  1936

GESCHÄFTSSTUNDEN
TÄGLICH
VON 8 BIS 1/2 18 UHR

SPAR- UND VORSCHUSSVEREIN

REGISTRIERTE GENOSSENSCHAFT MIT UNBESCHRÄNKTER HAFTUNG

TELEFON 213 **IN CELJE** GLAVNI TRG 15

POSTSPARKASSENKONTO LJUBLJANA 11.176 // GIROKONTO BEI DER NARODNA BANKA, FILIALE MARIBOR